



Russland setzt seit einigen Jahren gezielt private Söldner-Firmen ein, wie etwa die Wagner-Gruppe im Ukraine-Krieg.

DMITRI LOVETSKY / AP

Der Krieg ist ein grosses Geschäft

Private Militärfirmen profitieren von Kriegen und Konflikten. Jetzt verfolgt Russland, durchaus erfolgreich, mit ihnen in Afrika eine «Söldner-Diplomatie». Gastkommentar von Herbert Wulf

Nichtstaatliche Akteure wie Firmen, aber auch Söldner, Warlords, Milizen oder bewaffnete Separatisten operieren weltweit in einer rechtlichen Grauzone und untergraben häufig das staatliche Gewaltmonopol. Das Völkerrecht hat nur bedingt Geltung für sie, weil sie weder als Soldaten noch als Zivilisten nach der Genfer Konvention eingestuft sind. Es ist nicht immer leicht, zu unterscheiden, wer in staatlichem Auftrag bzw. unter staatlicher Kontrolle tätig ist und wer auf eigene Faust und möglicherweise gar in Opposition zur Regierung eigenständig und mit privaten Gewinninteressen agiert.

Grosse Nachfrage

Private Militärfirmen bieten vom Staat nachgefragte Dienstleistungen an. Dennoch sind sie auch eine Gefahr für Frieden, Stabilität und die Einhaltung der Menschenrechte. Viele Firmen haben zu Recht einen schlechten Ruf, weil man sie oftmals als skandalträchtig und schiesswütig erlebt hat – siehe das Beispiel der Wagner-Truppe in der Ukraine, die Gefängnisinsassen als Kanonenfutter benutzte, oder früher die amerikanische Firma CACI Systems bei den berühmtesten Verhören von Gefangenen im irakischen Abu Ghraib.

Der Einsatz privater Dienstleister und Kampftruppen, die ausserhalb der staatlichen Streitkräfte operieren, ist nicht neu. Im Gegenteil: In vielen Phasen der Geschichte waren sie – und nicht staatlich organisierte Streitkräfte – die dominante Kampftruppe. Dem Beispiel der südafrikanischen Firma Executive Outcomes folgend, entstanden vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges international operierende Militärfirmen wie Blackwater, Dyncorp und Triple Canopy in den USA, Sandline, Aegis Defense Services und Armor in Grossbritannien, Omega Support in Hongkong und Saracen in Südafrika (um nur einige prominente Beispiele zu nennen).

Während des Irak- und des Afghanistankrieges wurden Tausende private Firmen gegründet, weil es viel an den Kriegen zu verdienen gab. Das amerikanische Pentagon hatte zu wenige gut trainierte Solda-

Nicht ganz zu Unrecht wird den EU-Ländern unterstellt, hauptsächlich ihre Eigeninteressen zu verfolgen, vor allem beim Stopp der Flüchtlinge aus der Region.

ten und bediente sich deshalb privater Militärfirmen für die unterschiedlichsten Dienste: Wäschewaschen für die Streitkräfte, technische Dienste, Geheimdienstaufgaben und Kampfhandlungen. Zeitweise waren in diesen beiden Kriegen mehr Mitarbeiter privater Firmen als Soldaten eingesetzt. Nach ihrem Ende ebte die Welle der Einsätze privater Akteure ab, um in den letzten Jahren wieder zunehmend genutzt zu werden.

Die Motive für den Einsatz der Privaten sind sehr vielfältig. Das reicht von der Suche nach qualifizierten Militärfachleuten bis zu ehemaligen Soldaten mit Kampferfahrungen, die auf Jobsuche sind. Schwache Regierungen suchen Unterstützung und bedienen sich dabei der Firmen. Auch die öffentliche Meinung spielt eine Rolle: Ein toter Firmenmitarbeiter, der freiwillig im Einsatz war, erscheint manchen Regierungen weniger problematisch als ein toter Soldat, für dessen Einsatz in fremden Regionen sich die Regierung rechtfertigen muss. Auch die allgemeine Politik der Privatisierung der vergangenen Jahrzehnte, die Annahme, dass der Markt effizienter ist als der Staat, hat vor Kasernen nicht haltgemacht. Schliesslich werden die Privaten als aussenpolitisches Instrument genutzt, wie besonders jetzt von Russland.

Russland hat aus den Erfahrungen der USA und anderer Länder gelernt und setzt seit den 2010er Jahren gezielt derartige Firmen ein. Schlagzeilen machte vor allem die oben erwähnte Wagner-Gruppe im Ukraine-Krieg. Aber auch ihre Rolle in Afrika ist von Bedeutung. In vielen afrikanischen Ländern, in denen sich in den letzten Jahren Militärs an die Macht putschten, ist Russland aktiv. Geputscht wurde dort seit 2020 in Burkina Faso, Tschad, Gabon, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, dem Sudan und São Tomé und Príncipe – in manchen dieser Länder gleich mehrfach.

Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen diesen Militärcoups und Russlands wachsendem Einfluss in der Sahelregion: Die Putschisten suchen militärischen Schutz und Unterstützung. Den erhalten sie von Russland. Dabei tat sich die inzwischen umstrukturierte Wagner-Gruppe (mit dem unter dubiosen Umständen bei einem Flugzeugabsturz ums

Leben gekommenen Chef Jewgeni Prigoschin) besonders hervor. Tausende Wagner-Soldaten kämpften nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Syrien. In Afrika stützten sie das Militärregime in Mali und lieferten Waffen, sie bildeten sudanesischen Streitkräfte aus und waren mit über tausend Leuten in der Zentralafrikanischen Republik vertreten. Fast ein Jahrzehnt kämpften Wagner-Söldner in Libyen, um den im Osten des Landes herrschenden Khalifa Haftar in seinem Kampf gegen die Regierung in Tripolis zu unterstützen.

In Russland existieren schätzungsweise dreissig grössere Militärfirmen, auf die die russische Regierung zunehmend zurückgreift, zumeist ausserhalb Russlands. Auch die sogenannten grünen Männer, die 2014 auf der Krim auftauchten und in der Ostukraine die Separatisten in der Donezk-Region unterstützten, kann man dieser Kategorie der irregulären Truppen und Militärfirmen zuordnen.

Prigoschin hat mit seiner Wagner-Gruppe das Geschäftsmodell der skandalträchtigen privaten Militärfirmen der 2000er Jahre kopiert, sowohl deren Geschäftemacherei mit Krieg als auch die brutalen und völkerrechtswidrigen Einsätze. Neu ist aber, diese Firmen gezielt zur Unterstützung der staatlichen Aussenpolitik einzusetzen. Die russische Regierung betrieb lange ein politisches Versteckspiel, indem sie diese Firmen tolerierte, registrierte, sponserte, sie mit Waffen belieferte – gleichzeitig aber behauptete, für deren Aktionen nicht verantwortlich zu sein.

Die privat geführten Truppen hatten sich als eine Art Armee in der Armee entwickelt. Das Verteidigungsministerium versuchte, als einzelne Firmen zu mächtig und zu eigenständig wurden, die Kontrolle über die Firmen zurückzugewinnen. Die Wagner-Gruppe wird jetzt zum Africa Corps umetikettiert und weitgehend dem Verteidigungsministerium unterstellt. Mit der Umstrukturierung will man die Fehler der Vergangenheit vermeiden. Wagners gescheiterter Marsch auf Moskau verstand das Establishment der Streitkräfte zu Recht als Herausforderung. Deshalb werden die Firmen jetzt eindeutig der aussenpolitischen Ideologie untergeordnet. Diese Art «Söldner-Diplomatie» ist eine Kombination aus Profitgier der Firmen, die Krieg als Geschäft betrachten, und der ideologischen Agenda des russischen Staates.

Antikoloniale Stimmung

Durch die Stützung autokratischer Regime gegen interne Gegner erhält Russland Zugriff auf Rohstoffe. Russland hilft aber auch, den Kampf gegen Separatisten und Jihadisten zu führen. Wagner und der russische Staat haben nicht das Umfeld für die Coups geschaffen, aber sie profitieren davon. Sie sind die Garantie für die Umstürzler, indem sie ihnen ein «regime survival package» bieten. Russland schlägt Kapital aus den autokratischen Tendenzen, und die Juntas erhalten Sicherheitspartner, die nicht nach Achtung der Menschenrechte fragen.

Mit seinem Engagement in Afrika bietet Russland eine Alternative zum Westen und nutzt die antifranzösische, antikoloniale Stimmung. Die brutale französische Kolonialgeschichte im Sahel ist für die Versuche der EU, jetzt ein partnerschaftliches Verhältnis auf Augenhöhe einzugehen, eine Bürde. Nicht ganz zu Unrecht wird den EU-Ländern unterstellt, hauptsächlich ihre Eigeninteressen zu verfolgen, vor allem beim Stopp der Flüchtlinge aus der Region. Die Position westlicher Staaten ist geschwächt. Frankreich musste seine Truppen aus Burkina Faso, Mali und Niger abziehen. Die USA zogen Truppen aus Niger ab, und auch Tschad droht mit einem Rauswurf. Gleichzeitig steigt die russische Präsenz in der Region.

Die Militärcoups der jüngsten Vergangenheit sind nur die Spitze des Eisbergs bei einem generellen Trend der Militarisierung. Denn das Militär hat im politischen Prozess schon vorher eine wichtige Rolle gespielt. Frankreich, die USA und die EU müssen kritisch aufarbeiten, warum die Versuche gescheitert sind, die Streitkräfte zu demokratisieren. Stattdessen putschen sie. Die Ursachen liegen auf der Hand: Wirtschaftliche Stagnation in einer der ärmsten Regionen der Welt, innergesellschaftliche Gewalt und Dürre als Folge des Klimawandels bestimmen den Alltag vieler Menschen. Neben der antifranzösischen Stimmung herrscht oft ein tiefes Misstrauen gegen die zivilen Regierungen vor, die nicht in der Lage waren, Entwicklung in Gang zu setzen.

Weder die Vereinten Nationen mit ihrem Friedens- und Stabilisierungsprogramm Minusma in Mali noch das Programm des US Africa Command (Africom), das sich «Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung» auf seine Fahne geschrieben hat, waren letztlich erfolgreich. Auch das G-5-Programm zur Armutsbekämpfung in Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad aus dem Jahr 2014 hat den Zerfall der Demokratie in dieser Region nicht aufhalten können. Jetzt konkurriert auch Russland um Afrikas natürliche Ressourcen und um Einfluss. Aus geopolitischer Sicht sind auch die 54 afrikanischen Stimmen in der Generalversammlung der Uno von Bedeutung.

Herbert Wulf ist em. Professor für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung und leitete das Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC).